

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle einer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Kellame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Bretnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Felebersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 285

Montag, den 9. Dezember 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten Franz Alwin Kölsche, Inhabers der unter der Firma Merkel & Kölsche in Pulsnitz, Albertstraße 20, betriebenen Band- und Gurtmadelei, wird heute am 7. Dezember 1929, vormittags 1/2 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Privatmann Friedrich Paul Peisker in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. Dezember 1929 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 6. Januar 1930, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz

der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 27. Dezember 1929 anzeigen.

Das Amtsgericht zu Pulsnitz, den 7. Dezember 1929.

In der Gemeinde Oberlichtenau soll die Anlieferung von
ca. 1300 Quadratmeter Kleinpflastersteine (2. Klasse)
ca. 240 Irb. Meter Hohlbohr (roh und gespitzl)
ca. 200 Kubikmeter Sand

frei Verwendungsstelle, sowie die Steinbearbeitungen vergeben werden. Die Auswahl unter den Bewerbern und Zurückweisung aller Angebote bleibt vorbehalten. Angebote sind schriftlich bis zum 20. Dezember 1929 im Gemeindeamt abzugeben. Oberlichtenau, am 9. Dezember 1929. Der Gemeinderat.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Polizeibericht.) In der Nacht vom 8. zum 9. 12. 29 ist der eiserne Grundstückszaun des Schulgebäudes auf der nach der Dreherstraße zu gelegenen Seite durch gewalttätiges Umbiegen einer größeren Anzahl Zaunspitzen beschädigt worden. Irrendwelsche Wahrnehmungen wollte man auf der Polizeiwache zur Kenntnis bringen. Vertrauliche Behandlung wird zugesichert.

— (Wenig vorweihnachtlich) mutet das Wetter der jetzigen Tage an. Das Jahr fährt selbst im Niedergange fort, sich in lenztlicher Schönheit zu erschöpfen. Sternklare Nächte, von Sonnenschein und milder Temperatur durchflutete Tage wechseln noch immer miteinander ab, wennschon wir ein erkleckliches Stück in den sonst ödesten und trüben Abschnitt des Jahres vorgerückt sind. Solch an sich schöne Witterungslage verkürzt zwar den in unseren Breiten langen Winter, verstärkt aber die Beschwerden der bereits langandauernden Trockenheit und wird im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse eigentlich nicht gern gesehen. Vor Einwinterung sind vielmehr ausgiebige Niederschläge in Form von Regen dringendst erwünscht.

— (Aus den sächsischen Gesetzblättern.) Das Gemeinsame Ministerialblatt Nr. 20 vom 5. Dezember enthält folgende Bekanntmachungen: Geschäftsverkehr mit der Sächsischen Staatsbank, Übergangsgeld für Angestellte und Arbeiter der Sächsischen Staatsverwaltung, Umlauf von Scheidemünze, zweite Veränderung der Verordnung über das kriminalpolizeiliche Fahndungswesen.

— (Platzkarten für D-Züge.) Im Weihnachtsreiseverkehr sind die D-Züge erfahrungsgemäß überfüllt. Es sei daher auf die Einrichtung der Platzkarten bei den D-Zügen hingewiesen, deren Lösung die Sicherheit eines bequemen Platzes bietet. Diese Platzkarten zum Preise von 1.— Mk. in 2. Klasse und 0,50 Mk. in 3. Klasse können schriftlich oder auch telegraphisch auf allen Stationen vorausbestellt werden, die bestellten Plätze werden gekennzeichnet. Wird die Zusendung der Karten nicht ausdrücklich gewünscht, so werden sie auf dem Abgangsbahnhof des Zuges bereitgehalten.

— (Unbegründete Besorgnisse.) Die Regierung erläßt unter der Ueberschrift „Unbegründete Besorgnisse“ einen Aufruf, wonach die Geldabhebungen, die jetzt vielfach zu beobachten sind, ganz unbegründet seien. Die Währung sei absolut gesichert. Wer Geld unnötig abhebe oder Gerüchte verbreite, handle den Interessen des Vaterlandes zuwider.

Bauten. (Bärmjzenen im Stadtparlament.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Bautzen gab es lebhaften Lärm. Die Eribünen mußten geräumt werden und ein Kommunist wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Da die geschäftsmäßigen Mittel nicht ausreichten, ihn zum Verlassen des Saales zu bewegen, wurde die Sitzung vorzeitig geschlossen. Nur die Eingänge hatte man vorher zur Kenntnis nehmen können.

Radeberg. (Zu dem Seidemann-Scandal) teilt die Staatskanzlei mit, daß nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses die Geschäftsführung und Finanzverwaltung der Sächsischen Wohlfahrtshilfe dem Arbeitsministerium obgelegen habe, doch werde die Frage der Verantwortlichkeit kompliziert dadurch, daß im Jahre 1927 die Verfügung über die Gelder zwecks Vermögensanlage einem dem Ministerium des Innern zugeteilten Beamten betraf.

Hindenburg fordert Bericht über die innerpolitische Lage

Die Parteibewegung in München — Deutsche Wahlerfolge in Oberschlesien

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Müller zu einer innerpolitischen Aussprache empfangen, in der über das Memorandum des Reichsbankpräsidenten und über die Absichten des Kabinetts gesprochen wurde.

Nachdem die Reichsregierung in ihrer Antwort an den Reichsbankpräsidenten Schacht mitgeteilt hat, daß sie am Mittwoch vor dem Plenum des Reichstages die Grundzüge ihres Finanzprogramms darlegen will, sind noch einige wichtige Vorbesprechungen erforderlich. Man hält es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich, daß das Reichskabinett noch einmal zusammentreten wird, um sich endgültig über die letzte Formulierung dieses Steuerprogramms schlüssig zu werden. Dann werden voraussichtlich die Fraktionsführer der Mehrheitsparteien unterrichtet werden, damit die erforderliche Stellungnahme der Fraktionen selbst herbeigeführt werden kann. Erst auf Grund der Fraktionsberatungen wird es dann möglich sein, im Anschluß an die für Mittwoch angekündigte Regierungserklärung eine Stellungnahme des Reichstages in der Form der von der Regierung geforderten Vertrauensklärung herbeizuführen.

Es ist das Gerücht aufgetaucht, daß die Reichsregierung eine Anleihe auf Grund einer Verpfändung der Telefonanlagen der Reichspost beabsichtige. Dieses Gerücht wird von der Reichsregierung und vom Reichspostminister gleichzeitig entschieden dementiert.

Verfailltes und Young-Plan.

Berlin. In der Reichshauptstadt fand die Reichsvertretung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands statt. General Graf von der Goltz wies darauf hin, daß die Rundgebungen zum zehnjährigen Jahrestag des Schandfriedens von Versailles der Auftakt zum Kampf gegen den Pariser Tributplan gewesen seien.

Nach dem Grafen von der Goltz sprach Oberfinanzrat Dr. Bang über „Die politische Lage“. Er ging auf die Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei ein. Die Partei sei ursprünglich als Volksbewegung gegen die im Jahre 1918 geschaffene Lage entstanden. Es sei der Aufstieg bis zum Jahre 1924 erfolgt. Bang wies auf den Eintritt in die Regierung, auf die Anerkennung der Weimarer Verfassung und der Richtlinien hin. Seitdem datiere die Krise in der Partei. Gegen diesen Wechsel vom weltanschaulichen zum parlamentarischen Opportunismus habe die sogenannte Opposition gekämpft. Der 20. Mai habe den Wandel herbeigeführt, den

Rückwärtel zu den alten Grundfragen.

Diese Bewegung sei aus dem Lande gewachsen. Darin liege der Grund der Austrittsbewegung. Das zeige schon die Haltung des Abgeordneten Ribbentrop, der seitdem zweimal erklärt habe, er wolle den heutigen Staat. Man könne es niemand übel nehmen, wenn er den Weg der Partei nicht mitgehen wolle. Die Gegenseite solle aber die Worte konservativ, christlich und sozial nicht falsch anwenden. Hugenberg's Stellung sei nie fester gewesen als heute.

Die Schicksalsstunde der Landwirtschaft.

Dr. Gereke fordert.

Eisenach. In Eisenach sprach der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Landrat a. D. Dr. Dr. Gereke-Bressel, M. d. R. Er

beschäftigte sich eingehend mit der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, die sich besonders katastrophal bei der Landwirtschaft auswirke. In Thüringen seien die Verhältnisse ja auch außerordentlich schwierig, aber im Gegensatz zu manchen anderen Ländern sei es hier gelungen, im Rahmen des Möglichen die Wirtschaft vor stärkeren Steuerbelastungen besonders auf dem Gebiete der Realsteuern zu schonen. Auf diesem Wege müsse fortgeföhren werden, denn die produktiv schaffenden Stände in Stadt und Land, vor allem aber die Landwirtschaft, verlangten eine nüchterne Realpolitik.

In einer Zeit trübsamer Zerfetzung müßten für die Führer der Landwirtschaft alle engen und kleinen Gesichtspunkte zurücktreten hinter der einen großen Frage: Wie retten wir die Landwirtschaft und wie sehen wir sie als politischen Machtfaktor ein, damit sie im Ringen der Kräfte um eine Neugefaltung auf der politischen Rechten einen ihr gebührenden ausschlaggebenden Platz erhält.

Die Parteibewegung in München seit den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928

München, 9. Dez. Zur politischen Wertung des Ergebnisses der Münchener Gemeidewahlen ist vor allem ein Vergleich mit den Stimmziffern der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 bemerkenswert. Damals erhielten die Sozialdemokraten 112 514 (Gemeindevahl 1929 109 341), die Deutschnationalen 31 297 (21 276), die Volkspartei 18 824 (diesmal hatte die Deutsche Volkspartei zusammen mit den Demokraten, die bei der Reichstagswahl 12 118 Stimmen aufbrachten und der Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes), deren Stimmzahl bei der Reichstagswahl 11 699 betrug, eine Wahlgemeinschaft „Freie Bürgerliche Mitte“ eingegangen, die 19 129 Stimmen aufbrachte). Ferner erhielten bei den Reichstagswahlen die Kommunisten 29 495 (21 475), die Bayerische Volkspartei 79 725 (80 778), die Nationalsozialisten erzielten bei der Reichstagswahl 36 924 Stimmen, wozu noch 715 Völkische Stimmen kamen (51 221).

4,5 Milliarden für Frankreichs Kriegsetat.

Frankreich erhöht seine Militärausgaben.

Paris. Der Vizepräsident der französischen Kammer, Bouilloux-Lafont, hat seinen Bericht über den französischen Militärhaushalt für das Jahr 1930 verteilen lassen. Die Truppen, die nach der Räumung nach Frankreich zurückkehren, seien, obwohl sie weniger kosten als im Rheinland, dem französischen Haushalt zur Last fallen. In dem Bericht werden die Gründe für die militärischen Ausgabenerhöhungen angelegt, die trotz Annahme der einjährigen Dienstzeit und Herabsetzung des Effektivbestandes der Truppen erforderlich sind. Die Gründe liegen in der Unterhaltung der Berufssoldaten der mobilen Garde, der Militäragenten und der Zivilangestellten. Außerdem wird in diesem Jahr ein Betrag von 200 Millionen Franken für die Verbesserung der Lebenshaltung der Soldaten angelegt.

Andererseits, so heißt es in dem Bericht, legen die Instandsetzung der französischen Grenzverteidigung und der Wiederaufbau des Kriegsmaterials Ausgaben auf, die in den nächsten Jahren kaum kleiner werden dürften. Für 1930 belaufen sich die

